

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XLI
Tabellenverzeichnis	XLVII

Einleitung	1
-------------------------	----------

A. Einleitende Überlegungen	1
B. Der Begriff „Geschlossene Unterbringung“ versus „Unterbringung mit Freiheitsentziehung“	7
C. Rechtliche Grundlagen der mit Freiheitsentziehung verbundenen Unterbringung von Minderjährigen	9
D. Gegenstand der folgenden Ausführungen	10
E. Gang der Untersuchung	11

Abschnitt 1: Materielles Recht – Verfahrensrecht	17
---	-----------

1. Teil: Fallbeispiel, Entstehungsgeschichte und Verfassungsmäßigkeit der Vorschrift des § 1631b BGB	17
A. Fallbeispiel Carla	17
B. Die richterliche Entscheidung im Fall C.	20
C. Folgerungen aus dem Fallbeispiel C.	20
D. Entstehungsgeschichte der Vorschrift des § 1631b BGB	22
E. Verfassungsmäßigkeit der Vorschrift des § 1631b BGB in den Fassungen des SorgeRG und des Gesetzes zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls?	27
1. Rechtsprechung	27
2. Literatur	28
a) Rechtsansicht von <i>Schlink</i> und <i>Schattenfroh</i>	28
b) Rechtsansicht von <i>Czerner</i>	28
c) Rechtsansicht von <i>Helle</i>	29
d) Rechtsansicht von <i>Schmitt Glaeser</i>	29
e) Rechtsansicht von <i>Beaucamp</i>	29
f) Rechtsansicht von <i>Hinz, Strätz, Coester-Waltjen</i> und <i>Huber</i>	30
g) Stellungnahme	30
2. Teil: Materiell-rechtliche Voraussetzungen der Vorschrift des § 1631b BGB und Rechtsfolgen	39

A. Konkurrenzverhältnis der Unterbringungsformen bei der freiheitsentziehenden Unterbringung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen	38
1. Vorrang der privatrechtlichen Unterbringung nach § 1631b BGB	41
2. Vorrang der öffentlich-rechtlichen Unterbringung nach den Ländergesetzen	43
3. Gleichrang der beiden Unterbringungsformen	44
4. Lehre vom Vorrang der besseren Unterbringungsform	44
5. Stellungnahme	46
a) Der Minderjährige lehnt die stationäre freiheitsentziehende Unterbringung in der Jugendhilfe oder in der Kinder- und Jugendpsychiatrie ab; die aufenthaltsbestimmungsberechtigten Eltern billigen hingegen die Einweisung oder den Verbleib in der Einrichtung	51
b) Sowohl der Minderjährige als auch seine aufenthaltsbestimmungsberechtigten Eltern lehnen die mit Freiheitsentziehung verbundene Unterbringung in der Jugendhilfe oder in der Kinder- und Jugendpsychiatrie ab	54
c) Der Minderjährige ist mit der stationären mit Freiheitsentziehung verbundenen Unterbringung in der Jugendhilfe oder in der Kinder- und Jugendpsychiatrie einverstanden, nicht aber die aufenthaltsbestimmungsberechtigten Eltern	56
d) Der Minderjährige und seine aufenthaltsbestimmungsberechtigten Eltern sind mit der Unterbringung mit Freiheitsentziehung in der Jugendhilfe oder in der Kinder- und Jugendpsychiatrie einverstanden	60
B. Genehmigung des Familiengerichts	60
1. Vorrangige Genehmigung als Regelfall	61
2. Antragserfordernis?	63
a) Antragsverfahren	63
b) Amtsverfahren	64
c) Stellungnahme	65
aa) Materielles Recht	65
bb) Verfahrensrecht	65
cc) Kostenrecht	66
dd) Ergebnis	67
3. Verhältnis der Vorschrift des § 1631b BGB zu § 1628 BGB	68
a) Rechtsansicht von <i>Hinz und Kayser</i>	69
b) Herrschende Meinung	69
c) Stellungnahme	69

C. Freiheitsentziehende Unterbringung eines Minderjährigen	73
1. Der zivilrechtliche Begriff der „Unterbringung“	74
2. Arten der Unterbringung mit Freiheitsentziehung	75
a) Unterbringung mit Freiheitsentziehung.....	75
b) Sog. halb offene oder sog. halb geschlossene Unterbringung..	76
c) Offene Unterbringung?	77
d) Sog. fakultativ oder individuell-„geschlossene“ Unter- bringung.....	79
e) Ergebnis.....	84
3. Der Begriff der Freiheitsentziehung	88
a) Einfachgesetzliche Regelungen der Freiheitsentziehung	88
b) Freiheitsentziehung des Art. 104 GG i.V.m. Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG	89
c) Schlussfolgerung und rechtliche Bewertung	90
d) Auslegung des Begriffspaares „Freiheitsbeschränkung“ – „Freiheitsentziehung“	91
e) Äußerung der Bundesregierung	94
aa) Stellungnahme zu (1): Abgrenzung der Freiheitsent- ziehung von der Freiheitsbeschränkung.....	94
bb) Stellungnahme zu (2): Freiheitsentziehung bei körperlich und geistig behinderten Minderjährigen?	96
cc) Stellungnahme zu (3): Intensität der Freiheitsent- ziehung.....	97
dd) Stellungnahme zu (4): Freiwilligkeitserklärung des einsichtsfähigen Minderjährigen	98
f) Ergebnis.....	103
D. Beachtung des Kindeswohls, insbesondere zur Abwendung einer erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung.....	104
1. Definition des Begriffs „Kindeswohl“	105
a) Definition des Kindeswohlbegriffs in der Rechtsprechung und in der Literatur.....	106
b) Ergebnis.....	107
2. Abwendung einer erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung..	109
3. Vorrang anderer öffentlicher Hilfen	111
4. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.....	115
5. Die fürsorgliche Aufnahme und Zurückhaltung nach § 4 UBG Baden-Württemberg	125
6. Das Vorgespräch	125
a) Beispiel P.	128
b) Beispiel A.	129

3. Teil: Erstreckung der gerichtlichen Genehmigung auf unterbringungsähnliche Maßnahmen	131
A. Unterbringungsähnliche Maßnahmen im Sinne des § 1906 Abs. 4 BGB fallen nicht unter den Begriff der Unterbringung nach § 1631b BGB	133
B. Unterbringungsähnliche Maßnahmen im Sinne des § 1906 Abs. 4 BGB fallen unter den Begriff der Unterbringung nach § 1631b BGB	134
C. Stellungnahme	135
1. Die Verweisungstechnik des § 167 Abs. 1 Satz 1 FamFG.....	135
2. Der Wortlaut der Vorschrift des § 1906 Abs. 4 BGB	135
3. Zusätzlicher gerichtlicher Schutz des mit Freiheitsentziehung untergebrachten Minderjährigen bei unterbringungsähnlichen Maßnahmen versus richterlicher Rechtsfindung	136
4. Die Stellungnahme des Gesetzgebers zur gesetzlichen Regelung unterbringungsähnlicher Maßnahmen	140
4. Teil: Völkerrechtliche Verträge	145
A. Innerstaatliche Geltung und Anwendbarkeit der völkerrechtlichen Verträge in der Bundesrepublik Deutschland	145
B. Die einzelnen völkerrechtlichen Verträge	146
1. Die UN-Konvention über die Rechte des Kindes	146
a) Der Schutzbereich der UN-Konvention über die Rechte des Kindes	147
b) Die Schutzbestimmungen der UN-Konvention über die Rechte des Kindes im Einzelnen	149
c) Umsetzung der Vorgaben der UN-Konvention zum Schutz des Kindes in das deutsche Recht	152
2. Das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	153
a) Der Anwendungsbereich der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	154
b) Die Schutzbestimmungen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Einzelnen	155
3. Das Gesetz über die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten	157
5. Teil: Grundrechtsschutz durch Verfahren	159
A. Hauptsacheverfahren	159
1. Funktionelle Zuständigkeit des Richters	159
2. Örtliche Zuständigkeit	160
3. Erschöpfende Sachverhaltsaufklärung	162

4.	Persönliche Anhörung und Inaugenscheinnahme	166
a)	Verstoß der persönlichen Anhörung gegen Art. 6 Abs. 2 Satz 2 GG?.....	166
b)	Persönliche Anhörung und Inaugenscheinnahme.....	168
c)	Ort der persönlichen Anhörung.....	171
d)	Zeitpunkt der Anhörung.....	172
e)	Unterrichtung über den möglichen Verlauf des Verfahrens..	173
f)	Absehen von der Anhörung bei Gesundheitsgefährdung	175
g)	Rechtshilfeverbot	176
h)	Anhörung der Eltern(teile), des Vormunds/Pflegers als gesetzliche Vertreter für persönliche Angelegenheiten des Kindes und der Pflegeeltern sowie sonstiger Beteiligter	178
i)	Vorführung zur gerichtlichen Anhörung und zur Untersu- chung, zur Unterbringung zum Zwecke der Begutachtung und zur Unterstützung der Aufenthaltsbestimmungsberech- tigten bei der Zuführung zur gerichtlich genehmigten Unterbringung des Kindes oder des Jugendlichen.....	180
5.	Verfahrensbeistand.....	181
a)	Allgemeines.....	181
b)	Bestellung eines Verfahrensbeistandes	182
c)	Zeitpunkt der Bestellung des Verfahrensbeistandes	185
d)	Profession des Verfahrensbeistandes.....	188
e)	Aufgaben des Verfahrensbeistandes bei der freiheitsentzie- henden Unterbringung eines Kindes.....	189
6.	Das Jugendamt.....	190
7.	Verfahrensfähigkeit des Jugendlichen	195
8.	Einholung eines Sachverständigengutachtens.....	197
9.	Inhalt der Beschlussformel, Begründung der Entscheidung, Bekanntmachung und Wirksamwerden des Beschlusses.....	203
a)	Inhalt der Beschlussformel	203
b)	Begründung der Entscheidung.....	205
c)	Bekanntmachung des Beschlusses.....	206
d)	Wirksamwerden des Beschlusses	209
10.	Recht auf Beschwerde gegen die Entscheidung des Gerichts	211
B.	Einstweiliges Anordnungsverfahren	214
1.	Allgemeines.....	214
2.	Die (gewöhnliche) einstweilige Anordnung nach § 331 FamFG.....	216
3.	Die einstweilige Anordnung bei gesteigerter Dringlichkeit	220
C.	Zusammenfassung der Verfahrensgarantien nach den Vorschriften des FamG.....	221

6. Teil: Dauer und Verlängerung der freiheitsentziehenden Unterbringung von Kindern.....	225
Abschnitt 2: Empirie.....	227
1. Teil: Empirische Untersuchung der familiengerichtlichen Akten des Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg	227
A. Die empirische Untersuchung zur Unterbringung mit Freiheits- entziehung bei Kindern und Jugendlichen	227
B. Studien zur Unterbringung mit Freiheitsentziehung in der Jugend- hilfe, Jugendpsychiatrie und Justiz.....	228
1. Jugendhilfe.....	228
a) <i>Hüsken</i>	228
b) <i>v. Wolffersdorff/Sprau-Kuhlen/Kersten</i>	228
c) <i>Pankofer</i>	229
d) <i>Paetzold</i>	229
e) <i>Hoops/Permien</i>	230
2. Jugendpsychiatrie.....	230
a) <i>Rüth/Noterdaeme/Wentzel und Freisleder</i>	230
b) <i>Steger</i>	230
c) <i>Nützel/Schmid/Goldbeck und Fegert</i>	231
3. Justiz.....	231
C. Statistische Ausgangslage.....	232
2. Teil: Aktenanalyse und deren Auswertung	238
A. Auswahl und Methodik.....	238
B. Quantitative Aktenanalyse	244
C. Ergebnisse der quantitativen Erhebung	245
1. Ausgewählte soziodemografische Merkmale und Biografie	245
a) Geschlechtsverteilung	245
b) Alter der freiheitsentziehend untergebrachten Kinder und der Jugendlichen.....	246
c) Staatsbürgerschaft	247
d) Aufenthaltsort	248
e) Ausbildung der freiheitsentziehend untergebrachten Minder- jährigen	249
f) Sorgerechtsstatus der Gesuchsteller.....	250
2. Familiensituation des Kindes	250
a) Familienhintergrund der Kinder und der Jugendlichen vor der freiheitsentziehenden Maßnahme	250
b) Initiative für den Verfahrensbeginn – Akteure für die Unter- bringung.....	252

c) Gründe für ein Gesuch auf Genehmigung einer Unterbringung mit Freiheitsentziehung	252
3. Verfahrensrechtliche Aspekte	256
a) Die Bestellung eines Verfahrenspflegers bzw. -beistands bei der freiheitsentziehenden Unterbringung eines Kindes und Jugendlichen	257
b) Anhörung des Jugendamtes	262
c) Sachverständigengutachten	263
d) Anhörung des Kindes	263
e) Art der Unterbringung	265
f) Beendigungsgründe	266
g) Dauer des Verfahrens	268
D. Qualitative Aktenanalyse	270
1. Ergebnisse der qualitativen Erhebung	270
a) Kinder und Jugendliche	271
b) Die Aufenthaltsbestimmungsberechtigten und die anderen Verantwortungsträger (der Verfahrenspfleger/-beistand, der Mitarbeiter des Jugendamtes, der Sachverständige)	273
2. Beantwortung der Hypothese: Sind die juristischen Standards bei der Bearbeitung der Sachakten „Unterbringung mit Freiheitsentziehung bei Kindern und Jugendlichen“ durch die Richter am Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg eingehalten worden?	275
Abschnitt 3: Zusammenfassung	277
1. Teil: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	277
2. Teil: Zehn Empfehlungen zur Ausgestaltung des Verfahrens nach § 1631b BGB an den Gesetzgeber	287
Anhang 1: JH-Einrichtungen mit der Möglichkeit der Unterbringung nach § 1631b BGB	291
Anhang 2: Checkliste für das Genehmigungsverfahren nach § 1631b BGB	295